



Bierteljähriger Abonnementspre. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., auswärts pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratengebühr für den Raum einer sechszeiligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Herrs-Strasse Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Hof- und Anstalten Bestellungen an die Zeitung, welche Samstag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

6. Sitzung des Herrenhauses (vom 8. März).

11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Dr. Leonhardt und mehrere Commissarien.

Auf der Tagesordnung steht die Verabredung des Gesetzentwurfs, betreffend die Auflösung des Lehnverbandes der nach dem Lehnsrecht der Kurmark, Altmark und Neumark zu beurteilenden Lehne.

Berichterstatter v. Wedell: Ich habe dem Zustandekommen des Gesetzes über die Auflösung des Lehnverbandes in Pommern meine besondere Aufmerksamkeit gewidmet und bin deshalb von meinen politischen Freunden mehrfach angegriffen worden.

Beendet sich das Lehn noch im ordentlichen Lehnszuge, so wandelt es sich in Allob, und zwar ohne gesetzliche Abfindung, wenn in einem bestimmten Termine keine Agnaten vorhanden, resp. gehörig angemeldet sind, oder wenn die vorhandenen und angemeldeten sich gütlich mit dem Besitzer einigen.

Justizminister Dr. Leonhardt: Die Regierung wird sich den Anträgen der Commission gegenüber neutral verhalten, da sie den Wunsch hat, den Ansprüchen der lehnberechtigten Familien der Mark, soweit es die Minderzahl auf das öffentliche Wohl gestattet, Rechnung zu tragen.

Graf Jänzky: Die Lehnverhältnisse der Mark sind in einem viel besseren Zustande als die Pommerns; da das Gesetz von 1852 nun bloß davon spricht, daß der Lehnverband aufgehoben werden soll, so könnte man zweifeln, ob damit auch die Aufhebung der Lehnsuccessionsrechte gefordert werde.

In der Specialdiscussio werden § 1, welcher die Auflösung ausspricht, § 2, welcher einen Zeitraum von 4 Jahren von der Gesetzkraft dieses Gesetzes an gerechnet zur Umwandlung der Lehne freiläßt, §§ 3 bis 8, welche Vorschriften für den Fall enthalten, daß eine solche Umwandlung nicht erfolgt, angenommen.

b. Armin-Kricheldorf beantragt in Nr. 1 statt „10 Procent“ zu setzen „5 Procent“. Er begründet diesen Antrag damit, daß in Pommern eine Abfindung von 4 Procent stattgefunden habe.

Gr. v. Soltberg beantragt, daß die Institution der Fideicommissar nicht so schädlich sei, wie Herr v. Armin glaubt.

Gr. v. Soltberg beantragt, daß die Institution der Fideicommissar nicht so schädlich sei, wie Herr v. Armin glaubt.

Der § 9 wird darauf unbenändert angenommen.

Der § 14 lautet nach den Vorschlägen der Commission: „Die Verwandlung des Lehnguts in ein Familienfideicommiss kann nur erfolgen, wenn dasselbe oder mehrere in der Hand desselben Lehnbesitzers befindliche Lehne zusammen oder unter Hinzuschlagung von Capitalien beziehungsweise einzelner mit dem Lehngute wirtschaftlich verbundener Grundstücke einen Reinertrag von 2000 Thalern nach Abgabe eines landwirthlichen Wirtschaftsanlasses (§ 51 Thl. II. Tit. 4 Allgemeinen Landrechts) jährlich gewähren.“

Der § 14 lautet nach den Vorschlägen der Commission: „Die Verwandlung des Lehnguts in ein Familienfideicommiss kann nur erfolgen, wenn dasselbe oder mehrere in der Hand desselben Lehnbesitzers befindliche Lehne zusammen oder unter Hinzuschlagung von Capitalien beziehungsweise einzelner mit dem Lehngute wirtschaftlich verbundener Grundstücke einen Reinertrag von 2000 Thalern nach Abgabe eines landwirthlichen Wirtschaftsanlasses (§ 51 Thl. II. Tit. 4 Allgemeinen Landrechts) jährlich gewähren.“

und daß nur dann, wenn er von dieser Befugniß keinen Gebrauch gemacht hat, die ein für allemal subsidiär bestimmte Successionsordnung Platz greift.

In der Debatte wird von den Herren v. Wisleben, Grafen Brühl und v. Plösch anerkannt, daß ein solches Wahlrecht wohl dem Fideicommissar gegeben werden dürfte, aber nicht dem Fideicommissnachfolger, besonders um die Unzulässigkeit von Reichsreitigkeiten bei dem Tode des Besitzers zu vermeiden.

Der § 14 wird mit dem Antrage von Wisleben angenommen.

Die §§ 15—28 enthalten Vorschriften über die Auseinandersetzung mit den Agnaten; abgeändert wird § 25, zu dem in Alinea 2 ein Zusatz angenommen wurde: „Die zu zahlende Allobificationssumme dient, sofern sich die Lehnberechtigten nicht über deren Theilung einigen, zum Besten einer für die bisher lehnberechtigende Familie bestimmten Stiftung.“

In § 28 wird, um dem vom Justizminister Dr. Leonhardt erhobenen Widerspruch, der vom Ob. Oberjustizrath Herzbruch näher dargelegt wurde, zu begegnen, der Schlusssatz folgendermaßen abgeändert: „Im Uebrigen finden bei diesen Lehngütern die Bestimmungen der §§ 3 ff. erst bei dem Ableben des letzten Fideicommissbesitzers entsprechende Anwendung.“

Das Gesetz wird darauf im Ganzen angenommen.

Schluss 2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag, Zeit unbestimmt. (Ausführung des Reichsimpfgesetzes und Abtretung der Preussischen Bank an das Reich.)

Berlin, 8. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Director der Zölle und indirecten Steuern Fabricius in Stralburg den Amtscharakter als General-Director der Zölle und indirecten Steuern in Ost-Preußen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reiches den außerordentlichen Professor in der medicinischen Facultät der Universität Straßburg, Dr. Jolly, zum ordentlichen Professor in derselben Facultät ernannt.

Se. Majestät der Kaiser hat den mit Wahrnehmung der Intendanten-Stelle beim IV. Armeecorps beauftragten Intendantur-Rath Jgel zum Militär-Intendanten; und den Landgerichtspräsidenten und Untersuchungsrichter Müller in Simmern zum Staats-Procurator in Elbe ernannt; sowie dem Kreisphysikus Dr. Kosbach zu Trier und dem praktischen Arzt Dr. Stolte in Segeberg den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Dem Militär-Intendanten Jgel ist die Intendanten-Stelle beim dem IV. Armeecorps definitiv übertragen worden. — Am Gymnasium zu Bielefeld ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Holzweilig zum Oberlehrer genehmigt worden. — An der Präparanden-Anstalt zu Duedling ist die bisherige Dirigent derselben, Lehrer Lehmann aus Oerberg, als Vorsteher und erster Lehrer angestellt worden.

Dem Louis Wolmann in Wien ist unter dem 23. Februar d. J. ein Patent auf einen Support an Schleifmaschinen mit Schmirlscheiben, auf drei Jahre ertheilt worden. — Das dem Ingenieur Eduard Veninghaus zu Outehoffnungshütte bei Sterckrade unter dem 22. December 1873 ertheilte Patent auf einen Freifall-Seilbohrer, ist aufgehoben.

Berlin, 8. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfangen im Laufe des gestrigen Tages den Fürstlich schwarzburg-sondershausen'schen Minister von Kaiser, den General-Feldmarschall v. Steinmeß und eine Deputation aus Kattowitz, aus dem Bürgermeißen Koller und Sanitätsrath Dr. Holze bestehend.

Heute nahmen Se. Majestät den Vortrag des Geheimen Cabinets-Raths v. Wilmowski entgegen.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing am Sonnabend Vormittag Se. Durchlaucht den Prinzen Georg zu Solms-Braunfels. Abends 6 Uhr wohnten Beide höchste Herrschaften der Vorlesung des Professors Hofmann im wissenschaftlichen Verein bei.

Gestern Vormittag empfing Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit den General-Feldmarschall v. Steinmeß und den Obersten und Flügel-Adjutanten Fürsten Anton Radzivil.

Um 5 Uhr Nachmittags nahmen Ihre Kaiserlichen Majestäten das Diner im Kronprinzlichen Palais.

Abends 8 1/2 Uhr besuchte Se. Kaiserliche Hoheit die Oper.

Berlin, 8. März. [Vom Hofe. — Fürst Bismarck. — Der Nationalbank.] Auf die Nachricht hin, daß der Kaiser von Oesterreich einen Auszug auf italienisches Gebiet machen werde, ist sofort das Gerücht von einer beabsichtigten Reise unseres Kaisers nach Italien aufs Neue verbreitet worden.

Der Gesamtbestand der General-Schaz-Kasse des „Nationalbanks“ zur Unterfütterung der Veteranen aus den Kriegen 1813/15 belief sich Ende Januar auf 208,347 Thlr. Der allgemeine Unterfütterungsfonds der Kasse betrug am Schlusse des Jahres 1874 46,355 Thlr.

hinauf, die fortlaufender überschreiten selten den Satz von monatlich 5 Thlr.

Berlin, 8. März. [Das Gesetz über das katholische Kirchenvermögen. — Zweite Lesung des Dotationsgesetzes. — Wahlordnung für die Provinziallandtage. — Friedrich Harfort.] In der heutigen Sitzung der Commission für den Gesetzentwurf über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens wurde mit der unterbrochenen Berathung des § 23 fortgesetzt, der festsetzt, welche Beschlüsse des Kirchenvorstandes der Zustimmung der Gemeindevertretung bedürfen, und zwar bei der Nr. 5. Die Nummern 5 bis 9 wurden unverändert angenommen.

Bei nicht auf stiftungsmäßiger Anordnung beruhenden Bewilligungen aus dem Kirchenvermögen, welche nicht für kirchliche, wohltätige oder Schulzwecke der betreffenden Kirchengemeinde bestimmt sind, sofern dieselben einzeln ein halbes Procent oder in ihrem Gesamtbetrage drei Procent der etatzmäßigen Soll-Einnahme des betreffenden Jahres übersteigen.

Wurde nach längerer Discussion, auch nachdem ihm eine allgemeinere Fassung gegeben war, mit großer Majorität abgelehnt. Die Nr. 10 und 11, sowie der Schlusssatz wurden mit dem Zusatz acceptirt, daß die öffentliche Auslegung des Stats ortsüblich bekannt gemacht werden muß. Der § 24 bestimmt, daß der Kirchenvorstand auch zu Beschlüssen über andere, als die im § 23 angeführten Vermögensangelegenheiten die Zustimmung der Gemeindevertretung einzuholen befugt sein soll, und daß in diesem Falle vor ertheilter Zustimmung die Beschlüsse nicht vollzogen werden dürfen.

Die Beschlüsse der Kirchenvorstände und eines Theils der Mitglieder, welche dadurch das ganze dem Entwürfe zu Grunde liegende liberale Princip gefährdet haben, wurde das vom Referenten gestellte Amendement in folgender Fassung angenommen: „Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes ist zugleich Vorsitzender mit dem Rechte des Stich-Entscheides.“

Die übrigen Kirchenvorsteher sind als Besitzer ohne Stimmrecht zur Theilnahme an den Sitzungen berechtigt. Ein stellvertretender Vorsitzender wird von der Gemeindevertretung aus ihrer Mitte gewählt. Sie versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden oder dessen Stellvertreters, so oft es die Erledigung der Geschäfte erforderlich macht.

In Betreff der Berufung der Gemeindevertretung finden die Vorschriften der §§ 15 und 16 sinngemäße Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß auf Verlangen eines Drittheils der Gemeindevertretung die Berufung erfolgen muß. Der § 26 wurde mit den Zusätzen angenommen, daß zur Beschlußfähigkeit ein Drittheil der Gemeindevertretung genügen und daß durch Beschluß die Öffentlichkeit zugelassen werden kann.

Die zweite Lesung des Dotationsgesetzes hat in der heutigen Commissionssitzung begonnen. Im § 1 wurde der Zusatz gestrichen, nach welchem auf die dotirten Verbände auch die Ausgabeverpflichtungen übergehen sollen, welche bisher auf den an die Provinzen überwiesenen Staatsentnahmen ruhten. Der § 2 wurde mit einer lediglich redactionellen Aenderung nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen.

Ebenso blieb es mit einigen unwesentlichen Aenderungen bei den Beschlüssen zu den §§ 3 bis 18. — Die Wahlordnung für die Provinziallandtage bildete in der heutigen Sitzung der Commission für die Provinzialordnung den alleinigen Gegenstand einer eingehenden und mehrstündigen Debatte. Die Vorschläge der Regierung sind angenommen worden und zwar in Consequenz der Majoritätsauffassungen, welche wir gestern an dieser Stelle darzulegen im Stande waren.

Alleerdings haben die betreffenden Petitionen der Städte keine Berücksichtigung gefunden, welche die directe Wahl verlangt haben; aber man glaubte die Filtrirung durch die Kreistage annehmen zu müssen, weil im Ganzen und Großen die Zusammenfassung der letzteren eine Zustriekende sei.

Die Commission genehmigte die §§ 9 bis 18 und 20 bis 23. Dieselben handeln über die Zahl der Mitglieder der Provinziallandtage, Vollziehung der Wahlen, Wählbarkeit zum Abgeordneten, Verlust der Wählbarkeit, Dauer der Wahlperiode der Abgeordneten, Ergänzungs- und Zusatzwahlen, Einspruch gegen das stattgehabte Wahlverfahren und Entscheidung über die Gültigkeit der Wahlen.





